

Die Entscheidung über den deutschen Flugzeugbau

Berlin, 22. April. Den Blättern zufolge hat die am 14. April dem deutschen Botschafter in Paris übergebene Note der Vorkontrollkommission über die internationalen Luftfahrt- und Militärkontrollkommissionen folgenden Wortlaut:

In ihrer Note vom 11. Mai 1921 hat die deutsche Regierung die von den Alliierten am 29. Januar gestellte Forderung angenommen. Diese Forderung ging dahin, daß Deutschland, um die Erfüllung des in Art. 198 des Friedensvertrages enthaltenen Verbots einer militärischen und maritimen Luftfahrt zu sichern, diejenigen Begriffsbestimmungen anerkennt, die von den Alliierten Rächern zur Unterzeichnung der selben von der durch Art. 198 verbotenen militärischen Luftfahrt ausgesetzt werden würden. Die Alliierten Rächern haben sich zugleich das Recht vorbehalten, sich selbst durch eine ständige Kontrolle zu vergewissern, daß Deutschland diese Verpflichtungen erfüllt. Die Vorkontrollkommission hat auf Grund eines Berichtes der Interalliierten Luftfahrt-Kontrollkommission am 1. Februar 1922 entschieden, daß mit dem 5. Februar die Vorschriften des Art. 198 als vollständig von der deutschen Regierung erfüllt angesehen sei und daß es nach Ablauf von weiteren drei Monaten der deutschen Regierung schicklich sein soll, die Genehmigung zu erteilen, Luftschiffe unter den in der Note von Vologna vom 22. Juni 1921 enthaltenen Bedingungen wieder anzunehmen.

Die alliierten Regierungen haben gleichfalls erwogen, in welcher Weise die oben erwähnte

Rückfrage Kontrolle zu sichern sei, und es wurde entschieden, daß dieses Ziel am besten durch Einrichtung einer Alliierten Luftfahrt-Kontrollkommission erreicht werden kann. Dieser Entscheidung gemäß wird diese Kommission ihre Tätigkeit mit dem 5. Mai beginnen und so unmittelbar die Nachfolge der Interalliierten Luftfahrt-Kontrollkommission übernehmen. Die Alliierten Regierungen haben ferner erwogen, daß der Entschluß, die Luftfahrt-Kontrollkommission durch die oben erwähnte kleine Garantiekommission zu ersetzen, einen geeigneten Anlaß bietet, die Frage der künftigen militärischen Überwachung in Deutschland zu prüfen. In Anbetracht der Schwierigkeiten, auf die ihre Anforderungen, die militärischen Bestimmungen des Vertrags durchzuführen, gestoßen sind, sind sie der Meinung, daß diese Überwachung im gegebenen Augenblick am wirksamsten und mit einem Mindestmaß von Reibungen durch die Annahme eines Systems ausgedehnt werden könnte, das dem für die Luftfahrt eingeführten gleicht. Nach Anhörung der Kontrollkommissionen für Militär und Marine sind sie der

Meinung, daß die bestehenden Kommissionen — unter der Voraussetzung, daß die Mitarbeiter der deutschen Regierung gesichert ist — ihre Arbeiten innerhalb der in Anlage C vorgeschriebenen Fristen beenden könnten. Bei dieser Sachlage sind die Alliierten Regierungen überzeugt, daß die deutsche Regierung sich des Vorteils, den die Einrichtung einer solchen Militär-Garantiekommission für sie bedeutet, bewußt sein wird, und daß sie den Alliierten so bald als möglich die Annahme dieses Planes erklären wird. Vorbehaltlich dieser Annahme sind die Alliierten Regierungen bereit, die Militär-Garantiekommissionen an Stelle der Interalliierten Militär-Kontrollkommissionen treten zu lassen, sobald die letzteren die unumgänglichen Arbeiten erledigt haben.

Es wird davon ausgegangen, daß das Luftfahrtgarantiekomitee und das Militärgarantiekomitee unter den angegebenen Bedingungen mindestens bis zu dem Tage in Funktion bleiben werden, an dem nach Art. 429 des Friedensvertrages die erste Besatzungsarmee in Deutschland einmarschiert. Die Alliierten Regierungen werden alsdann prüfen, ob die Umstände eine Verlängerung ihrer Tätigkeit erfordern oder im Gegenteil deren Beendigung gebieten.

Unter der Voraussetzung der freiwilligen Mitarbeit der deutschen Behörden bei der Durchführung der noch nicht erledigten Bedingungen haben die Alliierten jedoch die Hoffnung, daß es möglich sein werde, die Militär-Garantiekommission zu einem nicht fernem Zeitpunkt vollständig abzurufen. Genehmigen Sie uns.

Der Note sind die Anlagen A, B und C beigelegt. Anlage A enthält den Aufbau, die Funktionen und Befugnisse des vorgeschlagenen Garantiekomitees für Luftfahrt. Danach sind 18 Offiziere sowie 22 Unteroffiziere und Mannschaften der Alliierten vorgegeben. Mit Ermächtigung des englischen Botschafters in Paris ist jede Anzahl von Mannschaften für Flugzeuge, alle Anlagen für Reparaturen, Unterhalt und Kosten tragen die Alliierten Regierungen. Außerdem sind in dieser Anlage Regeln zur Unterzeichnung der zivilen und militärischen Luftfahrtscheine enthalten.

Die zweite Anlage bestimmt in ähnlicher Weise die Befugnisse des vorgeschlagenen Militärgarantiekomitees, das aus 20 Offizieren und 20 Mannschaften besteht. Die dritte Anlage fixiert die einzelnen Fristen, innerhalb deren nach Prüfung der Alliierten Kontrollkommission noch auszuführende „wesentliche Arbeiten“ (wesentliche Reparaturen von Kriegsgeschütz, Reorganisation der Polizei usw.) zu beenden sind. Als äußerster Termin wird der 1. Oktober 1922 genannt. (W. T. B.)

Dr. Hugo über den deutsch-russischen Vertrag.

Der kürzlich aus Russland von einer Studienreise zurückgekehrte deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Dr. Hugo schreibt über die Notwendigkeit eines deutsch-russischen Wirtschaftszusammenhanges dem volksparteilichen Zentralblatt u. a. folgendes: Wir sind das Land, das auf der russischen Eigenart hinsichtlich seines Produktionsbedarfes am besten eingestrichelt ist. Rund die Hälfte der gesamten russischen Friedenseinfuhr war deutsche Ursprungs. Die vielen Kräfte an intelligenten Ingenieuren und Arbeitern, die erforderlich sind, um die zusammengebrochene Industriewirtschaft Russlands wieder aufzurichten, wird kein Land außer Deutschland stellen können. Würde die Einfuhr in die Rätze des Bestrebens, den russischen Wirtschaften zu helfen, nicht ein wichtiger Faktor sein? Die Aufhebung aller und neuer Unternehmungen ist ein verhängnisvolles Maß von Entschörungen und Obstände an die Kaufleute voraus, daß schließlich keine französischen, englischen und amerikanischen Ingenieure sich dazu drängen werden. Nimmt man hinzu, wie sehr und nach dem besten der Wirtschaftlichen Bedürfnisse und erwünscht werden, so lag es in der Natur der Dinge, daß wir zu einer völligen wirtschaftlichen und diplomatischen Verbindung mit Russland gelangen. Auf der anderen Seite hat Russland das größte Interesse daran, sich gerade mit Deutschland wirtschaftlich zu verknüpfen und alle überflüssigen Streitigkeiten auszumerzen, weil schließlich die deutsche Währung die einzige ist, an die Russland noch heranreihen kann. Jedenfalls ist der deutsch-russische Vertrag der Ausdruck eines natürlichen, gesunden Gedankens, der durch keinerlei künstliche Mittel hindern gefördert zu werden braucht. Er entspricht den wirklichen Bedürfnissen mit lebendiger Kraft und sollte deshalb eigentlich keine Entschörungen bedeuten. Wenn er es trotzdem gemindert ist, dann liegt es nur an der Entschörung derer, die am liebsten leben wollen. Das die Deutschen und die Russen sich zu nähern die Wünsche und Bedürfnisse des Verbandes von ihnen natürlichen Lebensinteressen abdrängen ließen. Diejenigen, die nun nicht wissen, wie sie Russland in die Zwangsjacke stecken sollen, sind enttäuscht. Sie haben das Recht, zunächst einmal zu schimpfen und sich an überlegen, wie sie sich über die selbstbereite Entschörung hinwegsetzen sollen. Für Russland und Deutschland ist das, was Genua brachte, eine rechtliche Tatsache, die sich in ihrer Größe und Bedeutung erst später ansprechen wird.

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Der in Genua abgeschlossene deutsch-russische Handelsvertrag nötigt zu einer Uebersicht über die früheren, die derzeitigen und die zukünftigen möglichen Wirtschaftsbeziehungen der beiden größten europäischen Staaten. Vor dem Kriege war das Deutsche Reich Russlands bester Kunde. 1913 bewertete sich unsere Einfuhr aus dem Reichreiche auf etwa 1 1/2 Milliarden Mark, und Russland kaufte für 800 Millionen Mark deutsche Waren. Im Jahre 1921 hat nach den längsten Verdrüsslichkeiten der Sowjetregierung Russland eine Einfuhr von 800 000 Tonnen im Werte von etwa 180 Millionen Goldrubel eingeführt und 200 000 Tonnen im Werte von kaum 20 Millionen Goldrubel auszuführen. Von dem russischen Export ist nahezu die Hälfte nach England gegangen, nach Deutschland nur etwa 5 Proz. An der russischen Einfuhr ist Großbritannien mit 7 Millionen Goldrubel, Deutschland mit 12 Millionen, Schweden mit 14 Millionen beteiligt. Wenn jemals von einer deutschen Monopolstellung auf den russischen Märkten die Rede sein können, so gehört sie zurzeit der Vergangenheit an, und ob sie in absehbarer Zeit wieder zu erobert ist, muß die Zukunft lehren. Die deutsche Industrie vermag zwar heute den Bedarf Russlands an landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen, Eisenbahnmaterial, elektrotechnischen Artikeln, Papier, Chemikalien und dergleichen zu befriedigen, aber mal billigeren Preisen zu liefern, als es England, Schweden oder Amerika imstande sind, trotzdem sind im letzten Jahre jene Waren zu einem großen Teile in England und Schweden bestellt worden, weil beide Länder eher auf dem Plane erschienen, während die deutsche Industrie auf demselben Plane abwartend verhielt. Zudem waren und sind wir wohl auch nicht in dem gleichen Maße in der Lage, die inasratischen Kredite zu bewilligen, mit denen allein Russland gedient ist.

Der Vertrag von Genua gewährleistet beiden Teilen das Reichsanerkennungsrecht. Es wird jedoch viel darauf ankommen, daß von russischer Seite volle geschäftliche Ehrlichkeit gezeigt wird. Das Wichtigste aber ist, daß die Kaufkraft Russlands heute gleich Null ist; in den vier, fünf Jahren seiner Herrschaft hat der Bolschewismus das einstmal blühende Wirtschaftsleben des reichen Landes vollkommen ruiniert. Der Gedanke des Wiederaufbaues, der kommen muß, ist ein europäischer. Die Alliierten Rächern haben in allen europäischen Ländern den Wirtschaftspolitiker Kopfzerbrechen bereitet, ist für Russland von größter Bedeutung, weil man dort in ganz wenigen Jahren an vorhandene Werte anknüpfen kann, sondern fast überall das leere Nichts vorfindet, wäßliche Hungernöte, Chaos und Ruinen.

Tschecho-Slowakische Sache.

Wagner Drahtbericht der Dredn. Nachrichten. Prag, 22. April. Der „Glas“, das Organ des Außenministers Beneš, schreibt, nachdem er noch gestern den Widerruf des deutsch-russischen Vertrages verlangt hat: Niemandem sei das direkte Lebensinteresse Deutschlands an der Neuaufnahme seines Handels mit Russland unbekannt. Deutschland wolle auf die Russenabnehmer den Hauptteil der Reparationslast abwälzen. Ueberausend bleibe nur die orientative Agitation, mit der der Vertrag, der nur eine Befestigung des gegenwärtigen Zustandes sei, in die Öffentlichkeit gebracht wurde. Russland selbst hat seit jeder in theatralischen Gesten. Was wolle nun Dr. Rathenau mit dem Effekt erzielen? Laut der Note der Reparationskommission habe Deutschland mit Ende Mai eine Reihe neuer Steuern einzuführen. Wollte Deutschland vielleicht seine bisherige Politik der Erfüllung der Friedensverträge verlassen? Das Bündnis mit Russland sei keine so kühnliche Sache, daß die Verbündeten den Termin versetzen würden, der mit dem 31. Mai endet. Wenn Deutschland etwa darauf hoffe, dann irre es gründlich. Deutschland könne alles in die Hand nehmen, was es für sich vorstelle, und nicht, wie sie in Wirklichkeit sind. Eine dieser falschen Voraussetzungen ist die Meinung Deutschlands, daß es die Reparationsverpflichtungen aus gutem Willen und nicht gezwungen erfüllen würde. Vorläufig sei Deutschland in der Situation, in der ihm nichts übrigbleibe, als die Bestimmungen der Friedensverträge zu erfüllen; denn die Machtverhältnisse, die sich auch durch den deutsch-russischen Vertrag nicht geändert hätten, seien härter als die patriotischen Tiraden der Nationalisten.

Amerikanische Billigung des Russland-Abkommens.

Wagner Drahtbericht der Dredn. Nachrichten. Amsterdam, 21. April. Dem „Dankelblad“ wird aus New York gemeldet: In den Leitartikeln der Blätter wird die Unterstützung der Alliierten über den deutsch-russischen Vertrag nicht geteilt. Von verschiedenen Seiten wird die Meinung geäußert, daß der Vertrag ein gutes Vorbild dessen sei, was geschehen müsse. Zahlreiche Blätter warnen die Alliierten vor einer Wiederholung der alten Dummheiten. Andere verurteilen die Aufrechterhaltung eines Alliierten-Blockes innerhalb der Konferenz gleichberechtigter Staaten in Genua.

Amerika an Stelle Deutschlands im russischen Unterhandlung?

Genua, 22. April. Wie die „Chicago Tribune“ meldet, wird vermutlich der amerikanische Botschafter Child, der als „Beobachter“ für seine Regierung in Genua weilte, aufgefordert werden, im russischen Unterhandlung den Platz einzunehmen, den die deutsche Delegation freigelassen hat. In den Kreisen der Verbündeten meint man, daß die Vereinigten Staaten über alle Verfahren der Konferenz auf dem Laufenden gehalten werden müßten, weil eine Beteiligung an Amerika unbedingt nötig sei. Wenn die Frage der Kriegsschulden erörtert werde, würde das Endergebnis der Konferenz im großen Maße von der Lösung des russischen Problems abhängen.

Der neue amerikanische Botschafter beim Reichspräsidenten.

Berlin, 22. April. Der neue amerikanische Botschafter wurde heute mittag vom Reichspräsidenten zur Entgegennahme seines Akkreditierungsschreibens empfangen.

Falsche Gerüchte über geheime Abmachungen Deutschlands mit Russland.

Wagner Drahtbericht der Dredn. Nachrichten. Berlin, 22. April. Die Gerüchte, daß neben dem deutsch-russischen Vertrag noch ein Geheimvertrag oder geheime Abmachungen existieren, kommen nicht zur Ruhe. In Amerika scheint man anzunehmen, daß geheime Abmachungen bestehen, die namentlich die Beibehaltung großer deutscher Firmen wie der M. E. W. in Russland zum Gegenstand haben. Demgegenüber wird an ausländischer Stelle wiederholt verkehrt, daß keinerlei Abkommen oder Geheimnisse existieren. Die von den Russen in Bezug auf die Sozialisierungsabkommen gemachte Konzeption muß nach der Weltbedeutungsklausel des deutsch-russischen Vertrags auch Deutschland zugute kommen.

Die Revanchegedanken des „Temps“.

Wagner Drahtbericht der Dredn. Nachrichten. Paris, 22. April. Der „Temps“ schreibt an der deutschen Antwortnote u. a.: Seit Deutschland den Krieg verloren habe, hätten die Anhänger der deutschen Revanche alle Hoffnungen auf Russland gesetzt. Sie wollten davon mit Hilfe von Russland geschmeichelt; dann werde sich Deutschland gegen den Westen wenden und die Parie zu gewinnen suchen, die es 1918 verloren habe. Das sei der Plan, und der führe zu die Ruine.

vernünftigen Schaffenfeldern haben sich nach allen Seiten hin bemaßen fähig gemacht, daß deutensunge ihre Wiedererführung von keiner Seite ernstlich wieder erreicht wird, trotzdem nicht geleugnet werden kann, daß ihre Aufhebung kaum beizutragen hat, das Tempo der Preissteigerungen zu beschleunigen. Die volkswirtschaftliche Einsicht in die wahren Gründe der Teuerung hat dazu geführt, daß heute der Ruf nach „Verbilligung“, nach einem „Abbau der Preise“ fast ganz verstummt ist und das allgemeine Wünschen und Hoffen sich nur darauf einstellt, es möchte endlich einmal wenigstens ein Stillstand dieses erbarungslosen Prozesses eintreten, der die Lebenskraft und Lebensfreudigkeit der am empfindlichsten betroffenen Kreise aerrebt und verarmt. Für die verantwortlichen Staatsmänner im Reich und in den Ländern ergibt sich gegenüber der fortschreitenden Teuerung die sehr ernste Pflicht und Gewissensfrage, ob sie angesichts der Unmöglichkeit, eine gründliche Beseitigung des Übels zu erzielen, solange der Versailles Vertrag besteht, nicht am Ende doch gewisse Vnderungsmaßnahmen ergreifen könnten. Diese Frage ist unbedingt zu beladen, und die bairische Regierung ist bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie hat eine verbilligte Abgabe von Brot und Rogmehl, sowie von Kartoffeln in größerem Umfange an die Verbraucher vorgelesen. Die Verbilligung erfolgt in der Weise, daß der Einkaufspreis durch einen Staatszuschuß von 20 Millionen Mark für die Frachtkosten und durch einen weiteren Zuschuß von 20 Mil. für jeden Zentner gemindert wird. Außerdem ist eine ministerielle Verfügung an die Preisprüfungsstellen ergangen, worin diese aufgefördert werden, der wachstümlichen Preisentwicklung erste Aufmerksamkeit zuzuwenden und durch planmäßige Überwachung die Preise fortgesetzt auf ihre Angemessenheit zu prüfen. Die verständige, der Wirtschaftslage entsprechende Mitwirkung der Verbraucher, sowie der anständigen Unternehmerrische wird zur Pflicht gemacht und beim Vorkommen eines Verdachtes unaufrichtiger Absichten ist ungezügelt Anzeige zu erstatten. Ein scharfes Durchgreifen ist hier um so notwendiger, als feindliche Käufer bereits an der Arbeit sind, um die nächste Ernte zu Phantasiepreisen an sich zu bringen und sie dann in das besetzte Gebiet zu schaffen. Die führenden landwirtschaftlichen Organisationen, auch in Sachsen, haben gegen dieses Treiben energig Stellung genommen und sind bereit, die behördlichen Abwehrmaßnahmen kräftig zu unterstützen. Endlich schweben noch Verhandlungen zwischen dem Reich und den durch Ausfuhrbeschränkungen für Milch und Fleisch auch die Erzeugnisse vor einer zu rapiden Teuerung zu sichern. Das Vorgehen der bairischen Regierung muß für die übrigen deutschen Regierungen eine Mahnung und ein Ansporn sein, gegenüber der Teuerung nicht einfach die Hände in den Schoß zu legen, sondern zu tun, was irgend menschmöglich ist, um die Not wenigstens zu lindern. Sie würden sich sonst in einen verhängnisvollen Gegenlag zu der öffentlichen Meinung bringen, die mit größter Entschiedenheit, wie u. a. aus einer Entschließung der Berliner deutensationalen Versammlung hervorgeht, sofortige energische Maßnahmen verlangt, um dem unerhörten Wucher mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs wirksam zu steuern. Der Reichsregierung liegt insbesondere ob, sich mit den Einzelregierungen ins Einvernehmen zu setzen, um diese an deranlassen, geeignete Maßregeln gegenüber dem Preiswucher zu ergreifen. Am gründlichsten würde ja zweifellos eine Regelung in dem Sinne sein, daß alle Länder für ihre sämtlichen Bedürfnisse mit einem Salutarzuschlag belegt würden, der den Unterschied zwischen der fremden und der deutschen Erzeugung völlig ausgleicht, so daß den fremden Gästen der jetzt bestehende Anreiz, sich auf unsere Kosten auf Grund unserer minderwertigen Salutar zu bereichern, genommen würde. In diesem Punkte sind aber unüberwindliche Schwierigkeiten vorhanden, die kaum ganz zu beseitigen sein dürften, vor allem nicht bei Einfuhr in Geschäften, da sich hier immer Deutsche finden werden, die gegen Entgelt als Selbstkäufer auftreten, während sie in Wahrheit Beauftragte von Ausländern sind. Andere Mittel sind dagegen ohne weiteres durchführbar, und zwar kommen hier in erster Linie zwei Arten von Steuern in Betracht, eine Kopfsteuer, die jeder Fremde bei der Einreise zahlen müßte, und eine Aufenthaltsteuer, die überall dort zu erheben wäre, wo er verweilt, ganz ohne Rücksicht auf wie lange Zeit. Beide Steuern müßten so hoch bemessen werden, daß sie auch für den Salutarwert der Fremden als peinlich empfunden würden. Die deutsche Bevölkerung würde dann wenigstens die Verübung haben, daß die verantwortlichen Stellen die einheimischen Verbraucher nicht schuldlos der fremden Ausbeutung preisgeben, und dieses Bewußtsein würde immerhin beschwichtigend wirken. Wirkliche, gründliche Abhilfe gegen Preiswucher, Teuerung und Ausverkauf Deutschlands kann aber nur die Beseitigung des Versailles Vertrages bringen, nachdem die Herrschaft derjenigen, die, wie Lloyd George sagt, den Haß in Vermanenz erklären, gestürzt ist. Inzwischen sollte, um das deutsche Volk tagtäglich an die wahre Ursache aller unserer Leiden zu erinnern, auf jeden Protokoll der Gab eingedrückt werden: „An dem hohen Preise der Versailles Vertrag schuld“.

Millionenjahre im Postverkehr.

Berlin, 21. April. Der deutsche Postverkehr hat, wie die Postverwaltung mittelt, 1921 eine starke Entwicklung genommen. Der Umsatz hat sich am ersten Male seit dem Verkehen des Postverkehrs auf eine Billion Mark belaufen und diesen Betrag noch um rund 200 Milliarden überstiegen. Wegen des Vorjahr betrug er 510 Milliarden Mark mehr. Im bargeldlosen Zahlungsverkehr sind 200 Milliarden Mark oder 27 Prozent des gesamten Umsatzes bestritten worden.

Der Reichslandbund gegen die Getreideumlage.

Berlin, 22. April. Den Blättern zufolge sah die Gesamtvorstand des Reichslandbundes gestern einstimmig folgenden Beschluß: Der Reichslandbund lehnt die Wiederholung der Umlage in jeder Form ab und wird sich gegen ihre Einführung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wehren. (W. T. B.)

Ausdehnung der Ausfuhrabgaben.

Berlin, 22. April. Der nach Zustimmung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats im Reichstag angegangene Ausfuhrabgabengesetz-Entwurf bezieht die Ausfuhrabgaben auch auf Waren aus, für die die Ausfuhrfreiheit besteht. Dadurch wird die bisherige Beschränkung der Erhebung auf die Waren, die der Ausfuhrkontrolle unterliegen, aufgehoben und eine gleichmäßige Erhebung ermöglicht.

Neues von den Braunschweiger Oberstleutern.

Braunschweig, 22. April. Obwohl die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses schon seit Tage dauern, fördert jede Sitzung neue Fälle von Korruption und Disziplinlosigkeit in der Schulpolizei. U. a. wird festgestellt, daß Vorzeigte, darunter der Polizeipräsident, ferner die Minister Franke und Dertter sich sehr eingehend an dem Verkauf der Reichswehr und Währungsstücke beteiligt haben. Demden, die einen Wert von 100 Mil. befaßen, haben sie für 750 Mil. erstanden.

Ein Konflikt beim Reichsschulgesetz.

Es scheint sich vorzubereiten. Bei den Ausschussberatungen über das Reichsschulgesetz hatten sich fast alle bürgerlichen Parteien geeinigt, die Bekanntheit Schule vor allen anderen Schularten herauszuheben und ihr die Freiheit zu gewähren, die die Reichswehr der Bevöderung an ihr erhebt. Die Sozialdemokraten sind dadurch in die Ecke gedrängt worden und haben antwortend kein Interesse mehr an dem Inkraftkommen des Schulgesetzes. Ende April wird der Ausschuss wieder zusammentreten und man rechnet mit Zusammenstoßen zwischen Linken und Bürgerlichen, da die wichtigsten Paragraphen zur Abstimmung stehen. Man muß die Regierung veranlassen, den Entwurf zurückzuziehen.